

Die öffentliche Meinung

ELISABETH NOELLE-NEUMANN / THOMAS PETERSEN

Nach dem historischen Beschluß, zum ersten Januar 1999 in elf Ländern den Euro einzuführen, weicht die Spannung aus dem Thema Währungsunion, und die Deutschen scheinen etwas von ihrer Angst zu verlieren.

Seit dem Oktober 1995 hat das Allensbacher Institut bisher sieben Mal jeweils einen repräsentativen Querschnitt von 2.000 Personen gefragt: „Einmal ganz allgemein gefragt: Sehen Sie der Währungsunion eher mit Hoffnungen oder eher mit Befürchtungen entgegen?“ Über zwei Jahre hinweg änderten sich die Antworten kaum: Regelmäßig um die 60% der Befragten sagten, sie sehen der Währungsunion mit Befürchtungen entgegen, jeweils ungefähr 20% sagten: „Mit Hoffnungen“. Das war auch noch im April 1998 so. Aber dann, nur einen Monat später, nachdem die Regierungschefs der EU-Staaten in Brüssel die Einführung des Euro endgültig beschlossen hatten, verschoben sich die Antworten merklich. Nun sagten nur noch 48%, sie sähen der Währungsunion mit Befürchtungen entgegen, im Vormonat waren es noch 57% gewesen. Der Anteil derer, die mit Hoffnungen auf das neue Geld blickten, stieg von 21% im April auf 26% im Mai (Schaubild 1).

Noch immer ist die Bevölkerung alles andere als begeistert von dem Gedanken, die D-Mark in eine europäische Gemeinschaftswährung einzutauschen, doch langsam aber beharrlich geht die Ablehnung zurück. Auf die Frage „Sind Sie für oder gegen eine einheitliche europäische Währung?“ antworteten im Mai 1998 noch 44% „dagegen“, 28% „dafür“. Ein Jahr davor hatte das Verhältnis noch 52% zu 21% betragen (Schaubild 1).¹

Das Mißtrauen gegenüber dem Euro ist unverändert groß. Auf die Frage „Glauben Sie, daß der Euro genauso stabil sein wird wie die D-Mark, oder haben Sie da Zweifel?“ sagten im August 1998 60% der Westdeutschen und 70% der Ostdeutschen, sie hätten da Zweifel. Nur 26% im Westen und 14% im Osten meinten, der Euro werde genauso stabil sein wie die D-Mark.² Doch sehr aufmerksam hat die Bevölkerung wahrgenommen, daß die Elite anders denkt als sie selbst. Die Frage hierzu lautet: „Was glauben Sie, wie die Unternehmen bei uns in Deutschland über die gemeinsame europäische Währung denken? Ist die deutsche Wirtschaft eher für oder eher gegen die Europäische Währungsunion?“ Daß die deutsche Wirtschaft eher für die Währungsunion sei, meinten im November/Dezember 1995 29% der Befragten, zwei Jahre später, im November/Dezember 1997 waren es 57%. „Die Wirtschaft ist eher gegen die Währungsunion“ sagten 1995 35% der Befragten, 1997 noch 14%.³

Die Beobachtung der Bevölkerung war zutreffend. Seit 1987 befragt das Allensbacher Institut für das Wirtschaftsmagazin CAPITAL telefonisch dreimal jährlich ein Panel aus 600 Führungskräften, die zu den obersten Spitzen aus Politik, Wirt-

schaft und Verwaltung gehören. Panel, das heißt, diese Repräsentanten der Entscheider-Elite in Deutschland werden regelmäßig wieder befragt. Als dieser Gruppe im Juni 1995 zum ersten Mal die Frage gestellt wurde: „Sind Sie für oder gegen eine einheitliche europäische Währung?“, antworteten bereits 61% „dafür“, mit 35% Gegenstimmen. Ein Jahr später sprachen sich dann erstmals mehr als 80% der Elite für eine gemeinsame Währung aus, seitdem liegt der Wert stabil bei knapp 85%.⁴

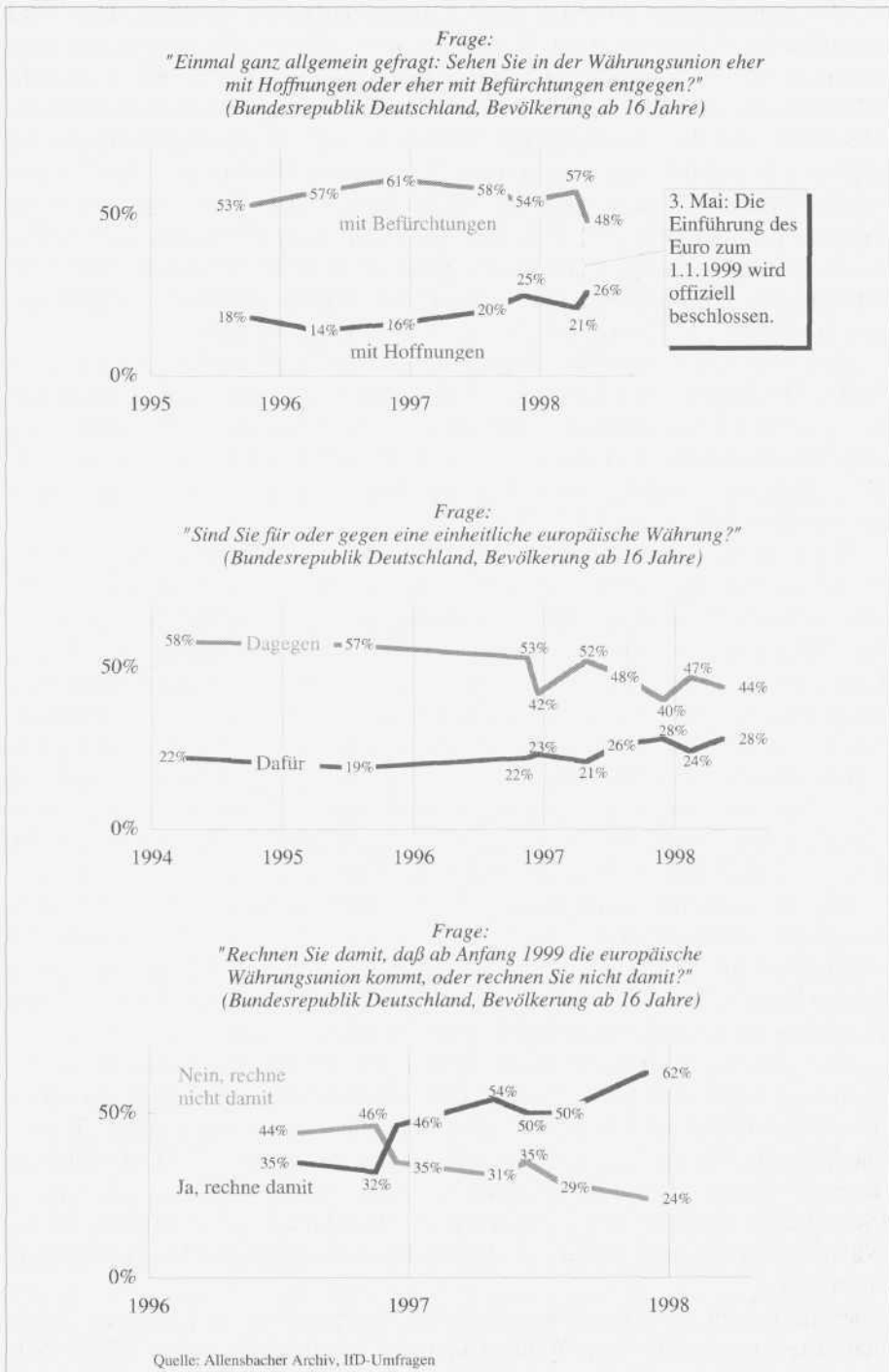
Anscheinend hat der offensichtlich so feste politische Wille und die so einmütige Befürwortung des Euro durch die Wirtschaftselite die Bevölkerung beeindruckt. Je mehr das Jahr 1997 voranschritt, desto mehr setzte sich bei der Bevölkerung die Überzeugung durch, daß der Euro tatsächlich Anfang 1999 eingeführt werden wird. Bereits in der April-Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach ließ sich diese Entwicklung so klar erkennen, daß der monatliche Demoskopie-Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ziemlich genau ein Jahr vor der endgültigen Terminentscheidung schon den Titel tragen konnte: „Mit dem Euro wird gerechnet – pünktlich zum Termin“.⁵ Im Dezember sagten schließlich 62%, sie rechneten mit der pünktlichen Einführung des Euro, nur noch 24% sagten, sie rechneten nicht damit (Schaubild 1).

Gleichzeitig mit der Überzeugung, daß der Euro tatsächlich eingeführt werden wird, wuchs auch das Gefühl, die Währungsunion sei etwas, das den Bürger unmittelbar betrifft. „Wenn Sie an die Währungsunion denken,“ fragte das Allensbacher Institut erstmals im Januar 1996, „wie sehr betrifft Sie diese Währungsunion persönlich? Sagen Sie es mir am besten nach dieser Leiter hier. Null würde bedeuten, die Währungsunion betrifft Sie persönlich gar nicht, und zehn würde bedeuten, die Währungsunion betrifft Sie persönlich sehr stark. Welche Stufe würden Sie wählen?“ Dazu wurde den Befragten ein Bildblatt vorgelegt, auf dem eine elfstufige Leiter zu sehen war.

Damals, im Januar 1996, schien die Währungsunion noch ein hauptsächlich abstraktes, entferntes Gebilde zu sein. 24% wählten eine Stufe von 7 bis 10 und gaben damit zu erkennen, daß die Währungsunion etwas sei, das sie persönlich betreffe. 32% zeigten Desinteresse und wählten eine der Stufen von 0 bis 3. Im November/Dezember 1997 war der Anteil derer, die eine der Stufen zwischen 7 und 10 wählten, auf 35% angestiegen, und nur noch 19% wählten eine der Stufen 0 bis 3.⁶

Daß sich die Deutschen allmählich mit dem Unvermeidlichen anzufreunden beginnen, könnte etwas damit zu tun haben, was der amerikanische Psychologe Leon Festinger „Kognitive Dissonanz“ genannt hat. Menschen, so Festinger, streben danach, Widersprüche zwischen ihrer Meinung, ihren Wahrnehmungen und ihrem Verhalten, zu vermeiden. Deswegen suchen sie nach Informationen, die eine solche innere Dissonanz vermindern helfen, und meiden solche Informationen, die die Dissonanz erhöhen könnten.⁷ Die Bevölkerung ist mehrheitlich gegen den Euro. Doch sie sieht, daß die Währungsunion kommen wird, sie weiß, daß Politik und Wirtschaft nahezu einhellig dafür sind. Man kann vermuten, daß Menschen in einer solchen Situation versuchen, diesen Gegensatz zwischen dem Gewünschten und der

Schaubild 1



Wirklichkeit dadurch auszugleichen, daß sie langsam beginnen, den positiven Seiten der gemeinsamen Währung mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dies wird erkennbar beispielsweise an den Ergebnissen auf die Frage „Einmal angenommen, es kommt zu einer gemeinsamen europäischen Währung – was für Vor- und Nachteile wird das wohl haben? Hier auf dieser Liste ist einiges dazu aufgeschrieben. Was davon wird Ihrer Meinung nach wohl zutreffen?“ Die Häufigkeit, mit der die negativen Listeneinträge genannt werden, hat sich von Oktober 1995 bis November/Dezember 1997 nicht verändert. „Es kommen höhere finanzielle Lasten auf Deutschland zu“ sagten 1995 53%, 1997 54%. „Durch den Umtausch unseres Geldes in die neue Währung werden wir Deutschen Geld verlieren“ meinten 1995 50% der Befragten, 1997 war es gerade 1% mehr. Die Angabe „Die Preise werden steigen, die Inflation wird zunehmen“ stieg von 38% leicht auf 41%.

Eine ganz andere Dynamik zeigen dagegen die Ergebnisse für die positiven Punkte. Die Angabe „Der Reiseverkehr wird erleichtert, man braucht bei Reisen ins Europäische Ausland kein Geld mehr umzutauschen“ nahm von 77% auf 82% zu, „Der Handel, der Warenverkehr wird erleichtert“ meinten 1995 59%, 1997 waren es 67%, „Europas Gewicht in der Welt wird gestärkt“ sagten vor zweieinhalb Jahren 33, vor einem halben Jahr 40%.

Es gibt noch einen weiteren Faktor, der dafür verantwortlich sein könnte, daß die ablehnende Haltung gegenüber dem Euro bröckelt. Dieser Faktor sind der Umfang und die Tendenz der Medienberichterstattung. Jahrzehntlang hieß es in der Kommunikationsforschung, die Massenmedien könnten keine Meinungen in der Bevölkerung ändern, sondern allenfalls bereits bestehende Einstellungen verstärken. Diese These wurde erst widerlegt, als man begann, die Ergebnisse von kontinuierlich durchgeführten Medieninhaltsanalysen mit den Trenddaten der Meinungsforschung zu vergleichen. Nun zeigte sich, daß die Bevölkerungsmeinung, wie sie mit der Demoskopie gemessen wurde, mit erstaunlicher Eindeutigkeit der Tendenz in den Massenmedien nachfolgte. Das imposanteste Ergebnis hierzu stammt aus den USA. Seit 1987 führt in Washington D.C. das Forscherehepaar Robert und Linda Lichter kontinuierlich Medieninhaltsanalysen durch und veröffentlicht sie in dem Newsletter „Media Monitor“. In der Juni-Ausgabe des Jahres 1992 konnte der „Media Monitor“ den Beleg präsentieren, daß dem rasanten Popularitätsverfall von George Bush im Präsidentschafts-Wahlkampf 1992 eine immer negativer werdende Bewertung der Person Bush in den Fernseh-Abendnachrichten vorauslief.⁸

Nach dem Vorbild des „Media Monitor“ wurde 1994 auch in Deutschland eine Institution eingerichtet, die fortlaufend Inhaltsanalysen der führenden Nachrichtenmedien durchführt. Es handelt sich um den in Bonn ansässigen „Medien Tenor“. Die Daten des Medien Tenor zeigen, daß seit Beginn des Jahres 1996 der Umfang der Berichterstattung über die Europäische Union langsam aber beharrlich zunahm (Schaubild 2). Ein guter Teil dieser Zunahme geht auf die Berichterstattung über die Währungsunion zurück, die rund ein Drittel der gesamten Europa-Berichterstattung ausmachte.

Über die Folgen der intensiven öffentlichen Auseinandersetzung über die Stabilitätskriterien schreibt Werner Weidenfeld in der November-Ausgabe 1997 der Zeit-

Schaubild 2



Quelle: Medien Tenor. Alle Beiträge ab 5 Zeilen bzw. 5 Sekunden in den Nachrichtensendungen Tagesschau, Tagesthemen, Heute, Heute-Journal, RTL aktuell, SAT 1 18:30 bzw. in den Zeitschriften Focus, Rheinischer Merkur, Der Spiegel, Super Illu, Die Woche, Die Zeit.

schrift „Internationale Politik“: „Das Gerangel um Punkt und Komma verdeckt die historische Dimension des Vorhabens ‚Währungsunion‘. Statt sich auf die epochale Grundfrage zu beziehen, ob wir das ‚neue Europa‘ wollen oder nicht, hat sich die Politik auf eine ergänzende Interpretation der Stabilitätsdaten fixiert.“ Der Schaden, den diese Art des Umganges mit dem Thema angerichtet habe, sei beachtlich, denn der Euro beginne als „Konfliktfaktor, nicht als Identitätsstifter. (...) Die Historiker werden sich die Augen reiben über diese Art der Auseinandersetzung mit diesem Epochenwandel“.⁹ Die Ergebnisse der Inhaltsanalysen des Medien Tenor unterstreichen indirekt die Aussagen Weidenfelds: Seit Anfang 1996 überwogen fast ununterbrochen die negativen Wertungen in der von den Auseinandersetzungen um die Euro-Stabilitätskriterien geprägten Europa-Berichterstattung in den deutschen Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazinen und in den Nachrichtensendungen des deutschen Fernsehens, allerdings mit leicht positiver Tendenz im Zeitverlauf.¹⁰

Nach der Brüsseler Entscheidung, den Euro pünktlich zum 1. Januar 1999 in elf Ländern einzuführen, erlahmt anscheinend in den Redaktionen das Interesse am Thema Europa. Nach einem Anschwellen der Berichterstattung unmittelbar nach der Entscheidung, sinkt die Zahl der Berichte über die Europäische Union auf ein Drittel (Schaubild 2), und der Anteil, den das Thema Euro an der Europa-Berichterstattung ausmacht, geht von 51% im April 1998 auf 10% im Juli zurück. Das ist der niedrigste Wert seit Juli 1996. Dieser sehr deutliche Rückgang der Zahl der negativ wertenden Berichte über die Währungsunion und Europa allgemein trägt höchstwahrscheinlich zu der deutlichen Entspannung seit Mai dieses Jahres bei.

Die Diskussionen um die Frage, wer in Zukunft der Europäischen Zentralbank in Frankfurt vorstehen soll, mögen vielleicht zur skeptischen Stimmung gegenüber

der Währungsunion beigetragen haben, doch für die Bevölkerung ist dieser Streit kein Grund zur Aufregung. Auf die Frage „Finden Sie, daß es einen Unterschied macht, ob der Chef der Europäischen Zentralbank ein Holländer ist oder ein Franzose oder vielleicht auch ein Deutscher, oder finden Sie, das macht keinen Unterschied?“ antworteten im Mai 1998, unmittelbar nach dem Kompromiß von Brüssel, 60%: „Das macht keinen Unterschied“. Nur 25% waren der Ansicht, es sei nicht egal, aus welchem Land der Chef der europäischen Zentralbank stamme.¹¹ Trotz allen Unbehagens scheint die Währungsunion für die Bevölkerung eine Frage für Experten geblieben zu sein. Darum sind vermutlich auch bisher alle Versuche gescheitert, den Euro zum Wahlkampfthema zu machen.

Die politischen Streitfragen in der Europäischen Union bleiben den Menschen eigenartig fern, als handle es sich gar nicht um Fragen, die die deutsche Bevölkerung betreffen könnten. In der Demoskopie äußert sich Ratlosigkeit oft darin, daß eine formale Änderung der Fragestellung, eine geringfügige Umformulierung, eine deutliche Veränderung der Antworten auslöst, selbst wenn der Inhalt der Frage rein logisch der gleiche ist. „Finden Sie es wichtig“ lautete eine Allensbacher Frage im August 1998, „daß das Europäische Parlament in Straßburg mehr Einfluß auf die Entscheidungen in der Europäischen Union bekommt, oder ist Ihnen das nicht so wichtig?“ 40% der Befragten antworteten im August 1998: „Das finde ich wichtig“, 18% sagten „nicht so wichtig“, 42% – ein außerordentlich hoher Wert, der allein schon den Grad der Ratlosigkeit zeigt – sagten, sie seien in dieser Frage unentschieden.¹²

Die Antworten auf die parallel gestellte, inhaltlich fast gleichbedeutende Frage „Würden Sie sagen, daß es in der Europäischen Union zuwenig Demokratie gibt? Ich meine, hat das demokratisch gewählte Europäische Parlament zuwenig Einfluß, oder würden Sie das nicht sagen?“ fallen ganz anders aus. Bei dieser Formulierung sagen 26%, das Europäische Parlament habe zuwenig Einfluß, 28% antworteten: „Das würde ich nicht sagen“. Übereinstimmend ist bei beiden Fragen der hohe Anteil der „Unentschieden“-Antworten: 46% sagten bei dieser Frageversion, sie könnten sich nicht für eine Antwortmöglichkeit entscheiden.¹³

Vermutlich ist diese Hilflosigkeit in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Deutschen nach wie vor außerordentlich schlecht über die Funktion und Bedeutung der europäischen Institutionen informiert sind. „Wer trifft die wichtigsten Entscheidungen für die Europäische Union: die Kommission der Europäischen Union oder der Ministerrat?“ fragte das Allensbacher Institut zuletzt im August 1998. „Die EU-Kommission“ antworten 22%, „Der Ministerrat“ sagen 16%. Der Rest, 62%, weicht achselzuckend auf die Antwort „Unentschieden, weiß nicht“ aus.¹⁴ Die Antworten unterscheiden sich nicht von den Ergebnissen der vorangegangenen Jahre. Hilflos fallen folgerichtig auch die Antworten auf die folgende Frage aus: „Die Entscheidungsbefugnisse der Europäischen Union sind aufgeteilt zwischen dem Ministerrat, einer Gruppe von EU-Ministern der verschiedenen Länder, die sich regelmäßig treffen, und der EU-Kommission, die die ständige Zentrale der Gemeinschaft darstellt. Wem würden Sie mehr zutrauen, die Entwicklung der EU voranzutreiben, dem Ministerrat oder der EU-Kommission?“ 21% der Befragten antworteten: „Dem

Ministerrat“, 23% „Der EU-Kommission“; aber eine absolute Mehrheit von 56% der Befragten kapitulierte und antwortete „Weiß nicht“.¹⁵

Eine solche Atmosphäre, die geprägt ist von Unkenntnis und dem Gefühl der Ferne, bietet den idealen Boden für Vorurteile. „Wenn Sie einmal an die Europäische Kommission, an die EU-Kommissare denken,“ fragte das Allensbacher Institut im August 1998, „würden Sie sagen, das sind größtenteils erstklassige Fachleute, oder sind das vor allem Bürokraten?“ „Erstklassige Fachleute“ sagten 8%, „Vor allem Bürokraten“ 57%.

Nur ein einziges Thema der Europa-Politik scheint die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung zu betreffen. Die Antworten auf die Frage: „Was meinen Sie: Sollte der Zuzug von Ausländern in die Europäische Union einheitlich geregelt werden, oder sollte jedes Land seine eigene Regelung beibehalten?“ fallen ungewohnt eindeutig aus. 54% der Deutschen sprechen sich für eine einheitliche europäische Regelung des Zuzuges von Ausländern aus, 37% dagegen. Nur 9% der Befragten antworten „unentschieden“ oder machen keine Angabe¹⁶ – Kennzeichen dafür, daß in dieser Frage, im Gegensatz zu den eben genannten, eine Meinungsbildung in der Bevölkerung stattgefunden hat.

Es ist kein Zufall, daß die Deutschen, die sich bei anderen Themen der Europapolitik mehrheitlich uninformiert und gleichgültig zeigen, plötzlich bei einer Frage konkrete Antworten geben, die ein klassisches innenpolitisches Thema betrifft. Denn bei aller grundsätzlichen Zustimmung der Deutschen zur europäischen Einigung haben bei den meisten Befragten die nationalen Interessen eindeutig Vorrang vor Europa. Dies zeigt beispielsweise das Ergebnis einer sogenannten Dialog-Frage, bei der den Befragten zwei Argumente auf einem Bildblatt zur Auswahl vorgelegt werden. Die Frage lautet: „Hier unterhalten sich zwei darüber, wie sich ein deutscher Europa-Abgeordneter bei einer Abstimmung im Europa-Parlament verhalten sollte. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie meinen, der obere oder der untere?“ Das Bildblatt zeigt den Schattenriß zweier Personen, denen wie in einem Comic-Strip jeweils eine Sprechblase zugeordnet ist. Die eine Figur sagt: „Er sollte die Sachen unterstützen, die gut für die Europäische Union sind, auch wenn sie zur Zeit nicht immer den deutschen Interessen entsprechen.“ Die zweite Figur sagt: „Er sollte immer die Sachen unterstützen, die im Interesse Deutschlands liegen, unabhängig davon, ob sie für die Europäische Union als Ganze gut sind.“¹⁷ 29% der Befragten sagten im Oktober 1997, der Abgeordnete sollte so entscheiden, wie es für die Europäische Union am günstigsten ist, 51% gaben den deutschen Interessen den Vorrang.¹⁸

Von einem europäischen Patriotismus sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Auf die Frage „Was fänden Sie besser: wenn sich die Kinder von heute später einmal als Deutsche oder eher als Europäer fühlen?“ antworten im Mai/Juni 1998 53%: „Besser eher als Deutsche“, 31%: „Besser eher als Europäer“.¹⁹

Trotz dieser eindeutigen Prioritäten kann es an der Europafreundlichkeit der Deutschen keinen Zweifel geben. Im Gegenteil. Wie befreit von der Last der unerfreulichen Diskussion um die Euro-Stabilitätskriterien, schnellten im Mai, nachdem die Entscheidung für die Einführung des Euro gefallen war, beim Allensbacher

Assoziationstest zu dem Begriff „Europa“ alle positiven Aussagen in die Höhe. Bei „Europa“ könne man an Zukunft denken, sagten im April 73%, im Mai 81% der Befragten. Die Angabe „Fortschritt“ stieg im gleichen Zeitraum von 57% auf 64%, „Freiheit“ von 61% auf 72%. Daß sich die positive Grundeinstellung der Deutschen zu ihren europäischen Nachbarn nicht so leicht erschüttern läßt, zeigt auch das Ergebnis der Frage „Hat sich Ihre Meinung über Frankreich in den letzten Jahren verbessert oder verschlechtert, oder ist sie gleichgeblieben?“ Im April/Mai 1997 sagten 15%, ihre Meinung über Frankreich habe sich verbessert, 11% sagten „verschlechtert“. Die Wiederholung der Frage im Juni 1998 erbrachte das gleiche Ergebnis: Unbeeindruckt von der Streiterei um die Besetzung des Chefpostens der Europäischen Zentralbank sagten auch jetzt 15%, sie hätten sich in den letzten Jahren eine bessere Meinung über Frankreich gebildet als vorher, 9%, also noch weniger als 1997 sagten, ihre Meinung über Frankreich habe sich verschlechtert.²⁰ Man kann dieses Ergebnis – vor allem in Kombination mit den Daten der oben erwähnten Medieninhaltsanalysen – als Illustration einer etwas maliziösen Bemerkung von Johannes Gross verstehen. Das herzliche deutsch-französische Einvernehmen, schrieb er im Mai 1998 im Magazin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, sei selbst durch europäische Einigungsvorgänge kaum noch zu erschüttern.²¹

Anmerkungen

- 1 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6051.
- 2 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6061.
- 3 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 6023 und 6051.
- 4 Siehe hierzu: Noelle-Neumann, Elisabeth: Die öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, Werner, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/97, Bonn 1997, S. 277-284, hier S. 278.
- 5 Noelle-Neumann, Elisabeth: Mit dem Euro wird gerechnet – pünktlich zum Termin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 11.6.1997, S.132. Dokumentation im Allensbacher Archiv.
- 6 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 6024 und 6051.
- 7 Festinger, Leon: A Theory of Cognitive Dissonance, Stanford 1957.
- 8 Media Momentum, in: Media Monitor 6/June/July 1992, S. 6.
- 9 Weidenfeld, Werner: Europas neues Gesicht, in: Internationale Politik 11/1997, S. 1-6, hier S. 4.
- 10 Medien Tenor, Analyse der Berichterstattung in den Wochenmedien und Fernsehnachrichten. Herzlichen Dank an Matthias Vollbracht von der Redaktion des Medien Tenor, der die Daten zur Verfügung stellte.
- 11 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6057.
- 12 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6061.
- 13 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6061.
- 14 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6061.
- 15 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6061.
- 16 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6062, August 1998.
- 17 Die Frage wurde ursprünglich vom britischen Meinungsforschung Market and Opinion Research International (MORI) entwickelt und vom Allensbacher Institut für Deutschland übernommen. Die Ergebnisse in Großbritannien unterscheiden sich nicht wesentlich von den deutschen.
- 18 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6048.
- 19 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 6058.
- 20 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 6043 und 6059.
- 21 Gross, Johannes: Notizbuch. Vorletzte Folge, Neunzigstes Stück, in: Frankfurter Allgemeine Magazin, Heft 952 v. 29.5.1998, S. 24.